

Medienmitteilung vom 5. Juni 2016

Asyl statt Asylverhinderungsgesetze – AL Bern zur Abstimmung über die Asylgesetz-Revision

Die AL Bern kritisiert resultatsunabhängig den medial zelebrierten Asylverhinderungswettbewerb der letzten Jahrzehnte zwischen den Parteien von links bis rechts. Asylpolitik sollte und muss für den Schutz von Menschen sorgen und nicht für markige Verschärfungsdebatten und Law&Order-Populismus. Das Recht auf Asyl ist ein international anerkanntes Recht und nicht ein Antrag auf Mitgliedschaft im lokalen Kegelclub.

Hetzkampagnen, Abschreckungspolitik, inhumane Unterbringung oder Abbau von Verfahrensrechten (siehe [Medienmitteilung vom 9.5.2016](#)) sind Anzeichen einer Verrohung in der Politik. Eine Verrohung – und eine Menschenverachtung - , die sich über kurz oder lang nicht nur gegen Geflüchtete, sondern auch gegen andere Teile der Bevölkerung richtet – die haarsträubenden Diskussionen in der Sozialhilfepolitik lassen grüssen.

Die AL Bern fordert deshalb ein radikales Umdenken in der Asylpolitik – Asylpolitik muss wieder für die betroffenen Menschen und nicht für profilierungssüchtige Politiker_innen sorgen.

Als erster Schritt in eine wieder vernunftgeleitete humanitäre Asylpolitik sollten deshalb sämtliche Zwangs- und Dublin-Ausschaffungen gestoppt und sisitiert werden und sämtliche Administrativhäftlinge (Ausschaffungshaft) freigelassen werden.

Das sich abzeichnende JA zu einem Asylgesetz, welches Grundrechte der Asylsuchenden beschneidet, indem sie in einer Art Halbgefangenschaft in Bundeszentren leben müssen, zu einem Asylgesetz, welches die Abschaffung des Botschaftsasyls zementiert und so seinen Beitrag dazu leistet, dass sich tausende von Menschen auf den oft tödlich endenden Weg über das Mittelmeer machen ohne zu wissen, ob sie eine Chance auf Asyl haben, ist eine Bankrotterklärung gegenüber Rechtspopulisten und den schutzsuchenden Menschen.

Alternative Linke Bern